



Centro de Estudios Tributarios de Andalucía

***EXÁMENES CONVOCATORIA
2005 IDIOMAS***

EXAMEN DE IDIOMA EXTRANJERO. ALEMAN

Inserte las palabras que correspondan, de entre las que se facilitan en la siguiente lista, en los huecos que aparecen en el texto que figura a continuación. Tenga en cuenta que el número de palabras es mayor que el de huecos:

Anders
auf
Aufschwung
begrenzten
beitragen
durch
einen
eins
für
Gipfel
Herausforderungen
liederliches
Maßnahmen
nachhaltigeren
schlägt
Schwängerung
Schwankungen
sei
sondern
unterstützen
Verantwortlichkei
verringern
Verstärkung
Wettbewerbsfähigkeit
zu

Vier [] für die Zukunft

Eine erweiterte Union erfordert mehr Kohäsion

Die Erweiterung der Union auf 25 und später 27 oder mehr Mitgliedstaaten wird bisher nie dagewesene Herausforderungen für deren [] und inneren Zusammenhalt mit sich bringen. Wie dieser Bericht zeigt, wird die Erweiterung zu einer Verstärkung des wirtschaftlichen Entwicklungsgefälles, einer geografischen Verlagerung der Disparitäten nach Osten und einer schlechteren Beschäftigungslage führen: die sozioökonomischen Disparitäten werden sich verdoppeln und das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP wird sich um 12,5% verringern.

Gleichzeitig ist die Union als Ganzes vor die Herausforderungen gestellt, die sich aus einer möglichen Beschleunigung der wirtschaftlichen Umstrukturierung infolge der Globalisierung, der Öffnung der Märkte, der technologischen Revolution, der Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft, der Alterung der Bevölkerung und der Zunahme der Einwanderung ergeben.

Die Bevölkerungsalterung in Europa stellt eine besondere Herausforderung dar. In diesem Bereich sind die regionalen [], welche die Tendenzen bei den Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsziffern sowie bei den Migrationsströmen widerspiegeln, sehr ausgeprägt. Bewältigen lassen sich diese Probleme nicht dadurch allein, dass eine Lösung für die Zunahme der, abhängigen' Bevölkerung gefunden wird. Es muss auch dafür gesorgt werden, dass die nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien auf die demografischen Entwicklungen abgestimmt sind und insbesondere die Politik zur Förderung des aktiven Alterns [] und das häufig ungenutzte Potenzial der älteren Bevölkerung ausschöpfen.

Schließlich hat sich das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union in den letzten drei Jahren seit der Veröffentlichung des letzten Kohäsionsberichts deutlich verlangsamt. Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit in vielen Teilen der Union erneut angestiegen, mit allen damit verbundenen sozialen Folgen. Die Union sollte daher als Sprungbrett in die Zukunft die durch den derzeitigen [] gebotenen Möglichkeiten voll nutzen.

[] der Prioritäten der Union

In dem Bemühen, die wirtschaftliche Leistung der EU zu steigern, setzten sich die Staats- und Regierungschefs der Union bei ihrem Treffen in Lissabon im März 2000 das strategische Ziel, die Europäische Union bis 2010 zum erfolgreichsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Auf dem [] von Nizza im Dezember 2000 wurde das in Lissabon vorgegebene Ziel, die Armut zu bekämpfen, in eine koordinierte Strategie zur sozialen Eingliederung umgesetzt. Der Europäische Rat von Göteborg fügte der Lissabon-Strategie im Juni 2001 eine neue Dimension hinzu, indem er den Nachdruck auf den Umweltschutz und

die nachhaltigere Entwicklung legte.

Die Kohäsionspolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung dieser Ziele, denn Wachstum und Kohäsion sind Konzepte, die einander ergänzen. Durch die Verringerung der Disparitäten gewährleistet die Union, dass alle Regionen und sozialen Gruppen zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung der Union [] und von ihr profitieren können. Die Artikel 3 und 158 des Vertrags spiegeln diese Vision wider, die in dem Verfassungsentwurf durch den ausdrücklichen Hinweis auf die territoriale Dimension des Zusammenhalts noch verstärkt wurde.

Die Kohäsionspolitik ist auch dort notwendig, wo andere Gemeinschaftspolitiken größere positive Ergebnisse mit (lokal) [] Kosten erzielen. Sie trägt zur Verbreitung der positiven Ergebnisse bei und kann durch die Vorwegnahme des Wandels und die Erleichterung der Anpassung dazu beitragen, die negativen Auswirkungen einzuschränken.

Die Kohäsionspolitik ist daher in all ihren Dimensionen ein integraler Bestandteil der Strategie von Lissabon, auch wenn, wie die Kommission in ihrer Finanziellen Vorausschau hervorgehoben hat, das Konzept der Politikgestaltung, das der Lissabon-Strategie zugrunde liegt, weiter ergänzt und aktualisiert werden muss. [] gesagt, muss die Kohäsionspolitik die Ziele von Lissabon und Göteborg integrieren und mithilfe der nationalen und regionalen Entwicklungsprogramme zum Hauptinstrument für ihre Umsetzung werden.

Qualitätssteigerung zur Förderung einer ausgewogeneren und [] Entwicklung

Der Bericht zeigt, dass die zwischen den Ländern und Regionen nach wie vor bestehenden Disparitäten in Bezug auf Output, Produktivität und Beschäftigung auf strukturelle Defizite zurückzuführen sind, die Schlüsselfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit betreffen: unzulängliche Ausstattung mit Sach- und Humankapital, Mangel an Innovationskapazität und regionaler Governance sowie geringes Umweltkapital.

Würde man darauf verzichten, mithilfe einer energischen Kohäsionspolitik das Wachstum [] fördern und die bestehenden Unterschiede zu bekämpfen, wäre der Preis dafür nicht nur ein Verlust an individuellem und gesellschaftlichem Wohlergehen, sondern auch ein wirtschaftlich messbarer Verlust an potenziellem Realeinkommen und höherem Lebensstandard. In Anbetracht der in einer integrierten Wirtschaft bestehenden Wechselwirkungen würden sich solche Verluste nicht auf die weniger konkurrenzfähigen Regionen bzw. auf Menschen beschränken, die nicht erwerbstätig sind oder einen unproduktiven Arbeitsplatz haben, [] jeden Einzelnen in der Union betreffen.

Die regionale Wettbewerbsfähigkeit EU-weit [] gezielte Investitionen zu stärken und die Einzelnen bei der Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu unterstützen, bedeutet, das Wachstumspotenzial der EU-Wirtschaft als Ganzem zum gemeinsamen Wohl aller zu unterstützen. Aufgrund der ausgewogeneren Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität innerhalb der Union trägt die Regionalpolitik dazu bei, den Druck durch zu starke Konzentration, Überbelastung und Engpässe zu verringern.

Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion

Die Reform der Kohäsionspolitik sollte auch mehr Effizienz sowie größere Transparenz und politische [] ermöglichen. Zu diesem Zweck ist in erster Linie ein strategisches Konzept für diese Politik erforderlich, indem die Prioritäten festgelegt werden und für die Koordinierung mit dem System der wirtschaftlichen und sozialen Governance gesorgt und eine regelmäßige, ergebnisoffene Überprüfung vorgesehen wird.

Es ist somit notwendig, dass auf allen Verwaltungsebenen der Union die institutionellen Kapazitäten verstärkt werden, um einen der Hauptvorteile der Kohäsionspolitik zu nutzen.

Eine neue Architektur für die Kohäsionspolitik nach 2006

Gezielte Interventionen

Ein allgemeines Ergebnis der öffentlichen Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik war, dass es eine Reihe von Fragen gibt, die für den Zusammenhalt der Union als Ganzes von Bedeutung sind („...die *Themen Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung gehen alle Mitgliedstaaten etwas an*“). Diese Elemente sind maßgeblich für das Verständnis der nachstehend vorgeschlagenen künftigen Prioritäten.

Die Kommission [] vor, die kohäsionspolitischen Maßnahmen entsprechend den Zielen von Lissabon und Göteborg auf eine begrenzte Anzahl von Gemeinschaftsprioritäten zu konzentrieren, wo die Gemeinschaftsintervention eine Hebelwirkung haben und einen erheblichen Mehrwert mit sich bringen könnte. Dementsprechend schlägt sie für die Regionalprogramme eine Hauptliste mit einer begrenzten Anzahl von zentralen Themen vor: **Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, Umwelt und Risikoprävention, Zugänglichkeit und Leistungen der Daseinsvorsorge**. Für die Beschäftigungsprogramme wird der Fokus darauf liegen, die Reformen umzusetzen, die notwendig sind, um Fortschritte in Richtung Vollbeschäftigung zu erzielen, die Qualität und Produktivität am Arbeitsplatz zu verbessern sowie die soziale Integration und Kohäsion im Einklang mit den Leitlinien und Empfehlungen der **Europäischen Beschäftigungsstrategie** zu fördern.

Diese Prioritäten gelten zwar für die Union im Allgemeinen, müssen jedoch ergänzt und vertieft werden, um den besonderen Erfordernissen der rückständigeren Regionen und Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, wo z. B. bei der Infrastrukturausstattung und beim Aufbau institutioneller Kapazitäten ein zusätzlicher Bedarf besteht. Diese Aspekte werden weiter unten behandelt (Einzelheiten siehe auch ersten Kasten am Ende dieses Abschnitts).

Drei Gemeinschaftsprioritäten

Für die angestrebten Ziele ist ein vereinfachter und transparenter Prioritätsrahmen

vorgesehen, der für die neue Programmgeneration drei Prioritäten umfasst: *Konvergenz; regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung; territoriale Zusammenarbeit.*

Konvergenz: Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen

Die Konvergenz-Programme betreffen die rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen, die in Übereinstimmung mit dem Vertrag die erste Priorität der Kohäsionspolitik der Gemeinschaft sind. So wird im Vertrag gefordert, die Unterschiede im „*Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu*“ [] (Artikel 158). Die Erweiterung wird zu einer bisher nie dagewesenen Zunahme der Disparitäten in der Union führen, zu deren Verringerung langfristige intensive Anstrengungen erforderlich sein werden.

Dieses Ziel wird in erster Linie die Regionen betreffen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt.

Dabei wird das Hauptziel der Kohäsionspolitik darin bestehen, wachstumsfördernde Rahmenbedingungen und Faktoren zu schaffen, die zu einer realen Konvergenz führen. Die Strategien sollten auf die Förderung einer langfristigen Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ausgerichtet sein.

Im Rahmen dieser Priorität schlägt die Kommission für die Regionen, deren Pro-Kopf-BIP unter 75% des für die EU15 berechneten Gemeinschaftsdurchschnitts liegen würde (sogenannter statistischer Effekt der Erweiterung), eine befristete Unterstützung vor. Die objektiven Bedingungen in diesen Regionen werden sich nicht geändert haben, auch wenn ihr Pro-Kopf-BIP in der erweiterten Union relativ höher sein wird. Aus Billigkeitsgründen wird die Unterstützung mehr als die 1999 in Berlin beschlossene Unterstützung für die sogenannten „Phasing-out“-Regionen der derzeitigen Programmgeneration ausmachen, um es so den betreffenden Regionen zu ermöglichen, den Konvergenzprozess abzuschließen.

Es [] darauf hingewiesen, dass sich die Kommission im Interesse der Konzentration und einer insgesamt wirksameren Kohäsionspolitik mit diesem Vorschlag für die strikteste der vier Optionen entscheidet, die im zweiten Kohäsionsbericht vorgestellt wurden. Es gilt als vereinbart, dass es nach dieser Unterstützung, die im Jahr 2013 endet, keine weiteren „Phasing-out“-Regelungen geben wird.

Die Programme werden aus den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfond (ESF) sowie dem Kohäsionsfonds entsprechend den im Vertrag verankerten Grundsätzen kofinanziert.

Der **EFRE** wird beispielsweise folgende Maßnahmen unterstützen:

- Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur der Mitgliedstaaten und Regionen, mit Vorrang für Innovation und unternehmerische Initiative, insbesondere durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten und Industrie, die Förderung

des Zugangs zu und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für FuE, die Verbesserung des Zugangs zu Kapital und Know-how und die Förderung von Unternehmensgründungen;

- Ausbau und Modernisierung der Basisinfrastruktur in den Bereichen Verkehrs-, Telekommunikations- und Energienetze, Wasserversorgung und Umweltinfrastruktur;
- Umweltschutz, insbesondere durch Unterstützung der neuen Mitgliedstaaten bei der Aufgabe, vollständige Konformität mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand zu erreichen; Unterstützung der Entwicklung von Ökoindustrien, Sanierung von Industriebrachen; Förderung von Maßnahmen zur Verhütung natürlicher und technologischer Risiken, Investitionen in Infrastrukturen im Zusammenhang mit Natura 2000, die zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung beitragen, Förderung des Einsatzes von umweltfreundlicheren Verkehrsarten sowie Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien;
- Ausbau der institutionellen Kapazitäten der nationalen und regionalen Verwaltungen bei der Durchführung der Strukturfonds- und Kohäsionsfondsinterventionen.

Der **ESF** wird seine Rolle als wichtigstes Finanzinstrument der Gemeinschaft für die Unterstützung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) verstärken. Er wird folgende Maßnahmen fördern:

- Verbesserung von Qualität und Reaktionsfähigkeit der Arbeitsverwaltungen, Bildungs- und Ausbildungssysteme sowie Sozial- und Gesundheitsdienste;
- Steigerung der Investitionen in Humankapital, Anhebung des Bildungsniveaus, Anpassung der Qualifikationen und Gewährleistung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für alle und
- Förderung der Anpassung der öffentlichen Verwaltung an den Wandel durch den Ausbau der Verwaltungskapazitäten.

Bei der neuen Generation der Beschäftigungsprogramme sollten die Erfahrungen im Rahmen der derzeitigen Gemeinschaftsinitiative EQUAL in der EU (die Innovation, Empowerment, Partnerschaft und transnationale Zusammenarbeit in Beschäftigungsfragen umfasst) übernommen werden.

Der **Kohäsionsfonds** wird in den Mitgliedstaaten eingesetzt, deren BNE weniger als 90% des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. Die Kommission schlägt vor, wie im laufenden Zeitraum eine Halbzeitbewertung der Förderfähigkeit im Rahmen des Kohäsionsfonds vorzunehmen.

Entsprechend den in der Finanziellen Vorausschau festgesetzten Prioritäten muss der Kohäsionsfonds seinen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung verstärken. In dieser Hinsicht würden die transeuropäischen Verkehrsnetze (namentlich die Vorhaben von europäischem Interesse) und Umweitinfrastrukturen die zentralen Prioritäten bleiben. Um ein ausgewogenes Verhältnis zu erreichen, das die besonderen Bedürfnisse der neuen Mitgliedstaaten widerspiegelt, ist darüber hinaus vorgesehen, Vorhaben in Bereichen wie

Schiene, Seewasserstraßen und Binnenwasserstraßen, Programme für den kombinierten Verkehr außerhalb der TEN-Verkehr, einen nachhaltigen städtischen Verkehr sowie ökologisch wichtige Investitionen in den Schlüsselbereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern.

Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Vorwegnahme und Förderung des Wandels

Zwar bleiben die Interventionen in den rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen die Priorität der Kohäsionspolitik, doch bestätigen die Analysen des dritten Berichts, dass es wichtige Herausforderungen gibt, die - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß - alle Mitgliedstaaten der EU angehen.

So müssen sich die Mitgliedstaaten, Regionen und Unionsbürger an den raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandel und die Umstrukturierung, die Globalisierung des Handels sowie den Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft anpassen. Sie müssen sich auch den besonderen Herausforderung stellen, die durch die Bevölkerungsalterung, die Zunahme der Einwanderungsströme, den Mangel an Arbeitskräften in Schlüsselbereichen und die Probleme der sozialen Eingliederung entstehen.

Hier muss die Union eine wichtige Rolle spielen. Einerseits sind die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele von Lissabon enttäuschend. Unter diesen Voraussetzungen kann die Gemeinschaftsfinanzierung als Katalysator wirken, indem sie zur Mobilisierung von nationalen und regionalen [] und Ressourcen beiträgt und sie klarer auf die Unionsziele ausrichtet.

Andererseits ist es für die politische, wirtschaftliche und soziale Integration der Union und zur Förderung der Beteiligung der öffentlichen und privaten Akteure und ihres Engagements im Hinblick auf die Verwirklichung der Unionsziele wichtig, dass die Kohäsionsinterventionen in der gesamten Union sichtbar durchgeführt werden.

Für die Kohäsionspolitik außerhalb der rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen schlägt die Kommission ein zweifaches Konzept vor:

- Zum [] wird die Kohäsionspolitik durch Regionalprogramme den *Regionen* und Regionalbehörden dabei helfen, den wirtschaftlichen Wandel in den industriellen, städtischen und ländlichen Gebieten zu antizipieren und ihn - unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Disparitäten - durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Attraktivität dieser Gebiete voranzutreiben.

- Zum anderen wird die Kohäsionspolitik in Übereinstimmung mit den politischen Prioritäten der EBS im Rahmen *nationaler* Programme durch Maßnahmen zur Förderung von Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität, Arbeitsproduktivität und sozialer Integration den Menschen helfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu antizipieren und sich an sie anzupassen.

Quatre défis pour l'avenir

Nécessité d'une cohésion renforcée dans une Union élargie

L'élargissement de l'Union à 25 Etats membres, et par la suite à 27 ou plus, représentera un défi sans précédent pour la compétitivité et la cohésion interne de l'Union. Comme illustré dans le présent rapport, l'élargissement va accroître l'écart de développement économique, entraîner un décalage géographique des disparités vers l'est et rendre la situation de l'emploi plus difficile: les disparités socio-économiques vont doubler et la moyenne du PIB de l'Union va baisser de 12,5%.

Dans le même temps, l'ensemble de l'Union fait face à des défis résultant d'une accélération probable de la restructuration économique [] de la mondialisation, de l'ouverture des échanges, des effets de la révolution technologique, [] développement de l'économie et de la société de la connaissance, d'une population vieillissante et d'une croissance de l'immigration. .

Le [] de la population en Europe représente un défi de taille. Dans ce domaine, les différences régionales sont considérables et reflètent des tendances de la fécondité, de la mortalité et des flux migratoires. S'atteler à ces problèmes ne consiste pas simplement à trouver une solution à l'augmentation d'une population dépendante. Il s'agit également de veiller à ce que les stratégies [] développement nationales et régionales soient adaptées à la situation démographique et soient en mesure, en particulier, d'encourager des politiques en faveur du vieillissement actif et de tirer parti des possibilités souvent sous-exploitées des personnes relativement âgées.

Enfin, la croissance économique de l'UE s'est sensiblement ralentie au cours des trois années qui se sont écoulées depuis la publication du dernier rapport sur la cohésion. En conséquence, le chômage a encore augmenté dans beaucoup de parties de l'Union, avec toutes les implications sociales qui [] résultent. L'Union devra exploiter au mieux les possibilités offertes par la tendance actuelle à la reprise, afin de les utiliser comme un tremplin pour l'avenir.

Renforcer les priorités de l'Union

Guidés par le souci d'améliorer les résultats de l'économie de l'UE, les chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union réunis à Lisbonne en mars 2000 ont exposé une stratégie conçue pour faire de l'Europe, d'ici 2010, l'économie fondée sur la connaissance la plus compétitive et la plus dynamique du monde. Le Conseil de Nice de décembre 2000 a transposé les objectifs de Lisbonne en matière de réduction de la pauvreté en une stratégie d'inclusion sociale coordonnée au niveau de l'UE. Au Conseil de Göteborg en juin 2001, la stratégie de Lisbonne a été élargie en mettant un nouvel accent sur la protection de l'environnement et la réalisation d'un modèle plus durable de développement.

La politique de cohésion apporte une contribution majeure à la réalisation de ces objectifs. En effet, la croissance et la cohésion se renforcent mutuellement. En réduisant les disparités, l'Union contribue à assurer que toutes les régions et tous les groupes sociaux

peuvent participer au développement économique global de l'Union et en bénéficier. Les articles 3 et 158 du traité traduisent cette vision, qui a été [] dans le projet de constitution par une référence plus explicite à la dimension territoriale.

La politique de cohésion est également nécessaire dans une situation où les autres politiques communautaires produisent des bénéfices importants associés à [] coûts limités mais localisés. La politique de cohésion contribue à répartir les bénéfices. En anticipant le changement et en facilitant l'adaptation, la politique de cohésion peut concourir à limiter les incidences négatives.

C'est pourquoi il y a lieu de considérer la politique de cohésion dans toutes ses dimensions comme une partie intégrante de la stratégie de Lisbonne, même si, comme le souligne la Commission dans les perspectives financières, il est nécessaire aujourd'hui de compléter et d'actualiser la conception qui sous-tend les objectifs de Lisbonne. En d'autres termes, la politique de cohésion doit intégrer les objectifs de Lisbonne et de Göteborg et devenir un vecteur essentiel de leur réalisation au moyen des programmes de développement nationaux et régionaux.

Améliorer la qualité pour promouvoir un développement durable et plus équilibré

Le présent rapport montre que les disparités qui persistent entre les pays et les régions en matière de production, de productivité et d'accès aux emplois résultent d'insuffisances structurelles concernant les principaux facteurs de compétitivité - dotation insuffisante en capital physique et humain, manque de capacité innovatrice et de gouvernance régionale et faible niveau de capital environnemental.

Le coût de la non poursuite d'une politique de cohésion vigoureuse visant à promouvoir la croissance et à répondre aux disparités est donc à mesurer non seulement en termes de perte de bien-être individuel et collectif mais également en termes économiques, par une perte de revenu réel potentiel et de niveaux de vie plus élevés. Etant donné les interdépendances inhérentes à une économie intégrée, ces pertes ne sont pas confinées aux régions les moins compétitives ou aux personnes qui ne [] pas ou qui occupent des emplois improductifs, mais touchent tout le monde dans l'Union.

Renforcer la compétitivité régionale au moyen d'investissements *bien ciblés* dans toute l'Union et fournir des opportunités économiques qui aident les personnes à utiliser leurs compétences étayera le potentiel de croissance de l'économie de l'UE dans son ensemble au bénéfice de tous. En assurant une diffusion plus équilibrée de l'activité économique à travers l'Union, la politique régionale contribue à réduire les pressions de la concentration excessive, de la congestion et des goulets d'étranglement.

Un nouveau partenariat pour la cohésion

La réforme de la politique de cohésion devra également fournir l'occasion [] l'efficacité, la transparence et la responsabilité politique. A cet effet, il y a lieu avant tout chose de définir une approche stratégique pour cette politique, en énonçant ses priorités, en assurant sa

coordination avec le système de gouvernance économique et sociale et en prévoyant un examen régulier et transparent des progrès accomplis.

Le corollaire de cette approche est la nécessité de renforcer la capacité institutionnelle à tous les niveaux administratifs de l'Union, afin de tirer parti de l'un des atouts majeurs de la politique de cohésion.

Une nouvelle architecture pour la politique de cohésion après 2006

Des interventions plus ciblées

L'une des conclusions du débat public sur l'avenir de la politique de cohésion mentionné ci-dessus a été qu'il existe un certain nombre de questions importantes pour la cohésion dans l'Union considérée dans son ensemble (...«*les questions de la compétitivité, du développement durable, et de la restructuration économique et sociale sont appropriées dans tous les Etats membres*»). Ces éléments sont essentiels pour comprendre la proposition concernant les priorités futures exposée ci-après.

En effet, la Commission propose que les actions soutenues par la politique de cohésion se sur les investissements dans un nombre limité de priorités communautaires reflétant les agendas de Lisbonne et de Göteborg et pour lesquelles on peut attendre de l'intervention communautaire qu'elle produise un effet de levier et une valeur ajoutée substantielle. Dans cette perspective, la Commission propose, pour ce qui est des programmes régionaux, une liste limitée de thèmes clés: **l'innovation et l'économie de connaissance, l'environnement et la prévention des risques, l'accessibilité et les services d'intérêt économique général**. Pour les programmes relatifs à l'emploi, un accent sera mis sur la mise en œuvre des réformes nécessaires pour progresser vers le plein emploi, l'amélioration de la qualité et de la productivité au travail, et la promotion de l'inclusion sociale et la cohésion conformément aux orientations et recommandations de la **stratégie européenne pour l'emploi**.

Ces thèmes prioritaires vaudront pour l'Union en général, mais devront être et étoffés afin de tenir compte des besoins particuliers des régions et Etats membres moins développés, où des carences supplémentaires existent, par exemple, en matière d'infrastructures et la construction des capacités institutionnelles.

Trois priorités communautaires

La mise en œuvre des thèmes prioritaires sera organisée dans un cadre simplifié et plus transparent; en effet, les programmes de la future génération seront regroupés autour de trois axes: *convergence, compétitivité régionale et emploi, coopération territoriale*.

Convergence: soutenir la croissance et la création d'emploi dans les Etats membres et les régions les moins développés

Les programmes de convergence concernent les Etats membres et les régions les moins développés, qui, conformément au traité, représentent la première priorité de la politique de cohésion communautaire. Le traité invite à réduire l'écart entre «*les niveaux de développement des diverses régions et le retard des régions ou îles les moins favorisées, [] compris les zones rurale* » (article 158). L'élargissement aura pour effet une augmentation sans précédent des disparités au sein de l'Union, dont la réduction nécessitera des efforts soutenus sur une longue durée.

Cet objectif concernera, en premier lieu, les régions dont le PIB par habitant est inférieur à 75 % de la moyenne communautaire.

L'objectif clé de la politique de cohésion dans ce contexte sera de promouvoir l'amélioration des conditions de croissance et des facteurs menant à une convergence réelle. Les stratégies devront prévoir le développement de la compétitivité et de l'emploi à long terme.

La Commission propose qu'une aide temporaire soit accordée, au titre de cette priorité, aux régions dont le PIB par habitant aurait été inférieur à 75% de la moyenne communautaire calculée pour l'UE des Quinze («l'effet statistique» de l'élargissement). Il s'agit des régions dont le PIB par habitant sera relativement plus élevé dans l'Union élargie en dépit d'une situation objective inchangée. Dans un souci d'équité, et pour permettre aux régions concernées de mener à son terme le processus de convergence, l'aide sera plus élevée que ce qui a été décidé à Berlin en 1999 pour les régions en soutien transitoire («*phasing out*») de la génération actuelle.

Il [] de noter qu'en faisant cette proposition, la Commission choisit la plus rigoureuse des quatre options présentées dans le Deuxième rapport sur la cohésion, en vue de favoriser la concentration et pour une efficacité accrue de la politique de cohésion dans son ensemble. Il s'agit de bien comprendre que ce soutien [] fin en 2013 et ne sera suivi d'aucune autre période de transition.

Les programmes seront soutenus par les ressources financières du Fonds européen de développement régional (FEDER), du Fonds social européen (FSE) et du Fonds de cohésion conformément aux principes énoncés dans le traité.

A titre d'exemple, le **FEDER** accordera un soutien:

- à la modernisation et à la diversification de la structure économique des Etats membres et des régions, avec une attention particulière à l'innovation et à l'entreprise, notamment en établissant des liens plus étroits entre les instituts de recherche et l'industrie, en favorisant l'accès aux nouvelles technologies de l'information et de la communication (NTIC) ainsi que leur utilisation, en contribuant à mettre en place des

conditions favorables à la recherche et développement, en améliorant l'accès au financement et au savoir-faire et en encourageant les nouvelles initiatives des entreprises;

- à l'extension et à la modernisation des infrastructures de base telles que les réseaux de transport, de télécommunications et d'énergie, la desserte en eau et les aménagements en faveur de l'environnement;

- à la protection de l'environnement, notamment en aidant les Etats membres à se conformer pleinement à l'acquis communautaire, en soutenant le développement des éco-industries, le [] des sites industriels désaffectés, les mesures visant à prévenir les risques naturels et technologiques, les investissements dans les infrastructures en relation avec Natura 2000 qui contribuent au développement économique durable, les moyens de transport moins polluants et le recours aux énergies renouvelables;

- au renforcement de la capacité institutionnelle des administrations nationales et régionales en matière de gestion des Fonds structurels et du Fonds de cohésion.

Le **FSE** renforcera son rôle de principal instrument financier communautaire de la Stratégie européenne pour l'emploi (SEE). Il accordera un soutien:

- à l'amélioration de la qualité et de la réactivité des institutions du marché du travail, des systèmes d'éducation et de formation et des services sociaux et de soins;

- à l'augmentation des investissements dans le capital humain, le relèvement des niveaux d'éducation, l'adaptation des qualifications des citoyens et la garantie de l'accès de tous au marché de l'emploi; et

- à l'encouragement de l'adaptation des pouvoirs publics au changement par le développement des capacités administratives.

La nouvelle génération de programmes en faveur de l'emploi devra également s'efforcer d'intégrer l'expérience acquise dans le cadre de l'initiative existante Equal à travers l'Union (innovation, participation active, partenariat et coopération transnationale dans le domaine de l'emploi).

Le **Fonds de cohésion** [] les Etats membres dont le RNB serait inférieur à 90% de la moyenne communautaire. Comme pour la période en cours, la Commission propose de maintenir l'évaluation à mi-parcours de l'éligibilité au Fonds de cohésion.

Conformément aux priorités définies par les perspectives financières, le Fonds de cohésion devra renforcer sa contribution au développement durable. A cet égard, les réseaux transeuropéens de transport, en particulier, les projets d'intérêt européen et les infrastructures liées à l'environnement resteront les principales priorités. Afin de

trouver un juste équilibre qui tienne compte des besoins particuliers des nouveaux Etats membres, il est également [] de soutenir des projets concernant le rail, les voies navigables et maritimes, les programmes multimodaux de transport en dehors du RTE-T, le transport urbain durable ainsi que les investissements importants pour l'environnement dans les secteurs clés de l'efficacité énergétique et des énergies renouvelables.

Compétitivité régionale et emploi: anticiper et encourager le changement

Si les interventions dans les Etats membres et les régions les moins développés restent la priorité de la politique de cohésion, les analyses du Troisième rapport confirment qu'il existe aussi, à des degrés divers, des défis importants qui concernent tous les Etats membres de l'UE.

En particulier, les Etats membres, les régions et les citoyens devront s'adapter à un monde qui connaît une restructuration et des changements économiques et sociaux rapides, une mondialisation des échanges, le passage à une économie et une société fondées sur la connaissance. Ils devront [] s'atteler aux défis particuliers résultant du vieillissement de la population, de l'augmentation de l'immigration, des pénuries de main-d'œuvre et des problèmes d'inclusion sociale.

Dans ce contexte, l'Union doit jouer un rôle important. Premièrement, la [] de l'agenda de Lisbonne a été décevante. Dans ces conditions, le [] financier communautaire peut servir de catalyseur en contribuant à mobiliser les politiques et les ressources nationales et régionales et à les axer plus résolument sur les objectifs de l'Union.

Deuxièmement, la présence visible des interventions de cohésion dans l'ensemble de l'UE est un élément essentiel de l'intégration politique, économique et sociale de l'Union, qui suscite la participation des acteurs publics et privés et encourage leur engagement en faveur des objectifs de l'Union.

En ce qui concerne la politique de cohésion en dehors des Etats membres et régions les moins favorisés, la Commission propose une double approche:

- premièrement, à travers des programmes régionaux la politique de cohésion aidera les régions et les autorités régionales à anticiper et à promouvoir le changement économique dans les zones industrielles, urbaines et rurales en renforçant leur compétitivité et leur attractivité, compte tenu des disparités économiques, sociales et territoriales existantes;

- deuxièmement, au moyen des programmes *nationaux*, la politique de cohésion aidera les personnes à se préparer et à s'adapter à l'évolution économique, conformément aux priorités politiques de la SEE, en soutenant les politiques visant le plein emploi, la qualité et la productivité du travail ainsi que l'inclusion sociale.

EXAMEN DE IDIOMA EXTRANJERO

INGLÉS

Inserte las palabras que correspondan, de entre las que se facilitan en la siguiente lista, en los huecos que aparecen en el texto que figura a continuación. Tenga en cuenta que el número de palabras es mayor que el de huecos:

agendas
circumstances
competitiveness
convergence
corollary
costs
energy
expanded
expense
finance
growth
higher
implemetation
industrial
less
matters
meeting
more
networks
priorities
research
structural
technological
urban
water

Four challenges for the future

More cohesion needed in an enlarged Union

The enlargement of the Union to 25 Member States, and subsequently to 27 or



Agencia Tributaria

Tribunal calificador de pruebas selectivas
para acceso al Cuerpo Técnico de Hacienda.

Turno libre. 2005.

Jpm-25.15/09/05

more, will present an unprecedented challenge for the [] and internal cohesion of the Union. As illustrated in this report, enlargement will lead to the widening of the economic development gap, a geographical shift in the problem of disparities towards the east and a more difficult employment situation: socio-economic disparities will double and the average GDP of the Union will decrease by 12.5%.

At the same time, the whole of the Union faces challenges arising from a likely acceleration in economic restructuring as a result of globalisation, trade opening, the [] revolution, the development of the knowledge economy and society, an ageing population and a growth in immigration.

Demographic ageing in Europe is a particular challenge. The regional variations in this respect are considerable reflecting trends in fertility and mortality, and in migration. Addressing the problems is not simply a question of coping with a rise in the dependent population. It also requires ensuring that national and regional development strategies are adapted to demographic circumstances and are able, in particular, to promote active ageing policies and to exploit the often underused potential of the older population.

Finally, economic [] in the EU has slowed appreciably over the three years since the publication of the last Cohesion Report. As a result, unemployment has risen again in many parts of the Union with all the social implications which this entails. As a springboard to the future, the Union should fully exploit the opportunities provided by the current trend towards recovery.

Reinforcing the priorities of the Union

In an effort to improve the performance of the EU economy, the Heads of State and of Government of the Union [] in Lisbon in March 2000 set out a strategy designed to make Europe the most successful and competitive knowledge based economy in the world by 2010. The Nice Council in December 2000 translated the Lisbon objectives on poverty reduction into a coordinated EU strategy for social inclusion. At the Gothenburg Council in June 2001, the Lisbon strategy was widened adding a new emphasis on protecting the environment and achieving a more sustainable pattern of development.

Cohesion policy makes an important contribution to realising these aims. In effect, growth and cohesion are mutually supportive. By reducing disparities, the Union helps to ensure that all regions and social groups can contribute to, and benefit from, the overall economic development of the Union. Articles 3 and 158 of the Treaty reflect this vision, which has been reinforced in the draft Constitution by the introduction of a clearer reference to the territorial dimension of cohesion.

Cohesion policy is also necessary in a situation where other Community policies have important benefits combined with limited but localised []. Cohesion policy helps to spread the benefits. By anticipating change and facilitating adaptation, cohesion policy can help to limit the negative impacts.



Agencia Tributaria

Tribunal calificador de pruebas selectivas
para acceso al Cuerpo Técnico de Hacienda.

Turno libre. 2005.

Jpm-25.15/09/05

For this reason, cohesion policy in all its dimensions must be seen as an integral part of the Lisbon strategy, even if today, as the Commission pointed out in the financial perspective, the policy design underlying Lisbon needs to be completed and updated. In other words, cohesion policy needs to incorporate the Lisbon and Gothenburg objectives and to become a key vehicle for their realisation via the national and regional development programmes.

Increasing quality to promote more balanced and sustainable development

This report shows that disparities in output, productivity and access to jobs which persist between countries and regions stem from [] deficiencies in key factors of competitiveness - inadequate endowment of physical and human capital, a lack of innovative capacity and regional governance, and a low level of environmental capital.

The cost of not pursuing a vigorous cohesion policy to promote growth and tackle disparities is therefore measured not only in terms of a loss of individual and collective well-being but also in economic terms, in a loss of potential real income and [] living standards. Given the interdependencies inherent in an integrated economy, these losses are not confined to the less competitive regions or to individuals who are not working or who are in unproductive jobs but affect everyone in the Union.

Strengthening regional competitiveness through well-targeted investment throughout the Union and providing economic opportunities which help people fulfil their capabilities will thus underpin the growth potential of the EU economy as a whole to the common benefit of all. By securing a more balanced spread of economic activity across the Union, regional policy helps to reduce the pressures of over-concentration, congestion and bottlenecks.

A new partnership for cohesion

The reform of cohesion policy should also provide an opportunity to bring greater efficiency, transparency and political accountability. This requires, first and foremost, the definition of a strategic approach for the policy spelling out its priorities, ensuring coordination with the system of economic and social governance and allowing for a regular, open review of progress made.

The [] of the above is the need to reinforce institutional capacities at all levels of government throughout the Union, building on one of the key strengths of cohesion policy.

A new architecture for EU cohesion policy after 2006

More targeted interventions

In the public debate on the future of cohesion policy referred to above, a general



Agencia Tributaria

Tribunal calificador de pruebas selectivas
para acceso al Cuerpo Técnico de Hacienda.

Turno libre. 2005.

Jpm-25.15/09/05

conclusion was that there are a number of [] which are important for cohesion in the Union as a whole. (...*"the issues of competitiveness, sustainable development, and economic and social restructuring are relevant in all Member States"*). These elements are key to understanding the proposal below on future priorities.

In effect, the Commission proposes that actions supported by cohesion policy should focus on investment in a limited number of Community priorities, reflecting the Lisbon and Gothenburg [], where Community intervention can be expected to bring about a leverage effect and significant added value. Accordingly, for the regional programmes, the Commission proposes a core list consisting of a limited number of key themes as follows: **innovation and the knowledge economy, environment and risk prevention, accessibility and services of general economic interest**. For employment related programmes, the focus will be on implementing the reforms needed to progress towards full employment, improve quality and productivity at work, and promote social inclusion and cohesion, in line with the guidelines and recommendations under the **European Employment Strategy**.

These priority themes would be valid for the Union in general, but they would need to be completed and [] to take account of the specific needs of the less developed regions and Member States, where additional needs persist, for example, in relation to the provision of infrastructure and to institutional capacity building.

Three Community priorities

The pursuit of the priority themes would be organised around a simplified and more transparent framework with the future generation of programmes grouped under three headings: *convergence, regional competitiveness and employment; territorial cooperation*.

Convergence: supporting growth and job creation in the least developed Member States and regions

The convergence programmes concern the [] developed Member States and regions which in accordance with the Treaty are the top priority for Community cohesion policy. The Treaty calls for a reduction in disparities between *"the levels of development of the various regions and the backwardness of the least favoured regions or islands, including rural areas"* (Article 158). Enlargement will bring about an unprecedented increase in the disparities within the Union, the reduction of which will require long-term, sustained efforts.

This objective would concern, first and foremost, those regions, in which per capita GDP is less than 75% of the Community average.

The key objective of cohesion policy in this context would be to promote growth-enhancing conditions and factors leading to real []. Strategies should



Agencia Tributaria

Tribunal calificador de pruebas selectivas
para acceso al Cuerpo Técnico de Hacienda.

Turno libre. 2005.

Jpm-25.15/09/05

plan for the development of long-term competitiveness and employment.

The Commission proposes that temporary support should apply under this heading to those regions where per capita GDP would have been below 75% of the Community average as calculated for the Union of Fifteen (the so-called statistical effect of enlargement). These are regions where objective [] have not changed, although their GDP per head will be relatively higher in the enlarged Union. In the interest of equity, and to allow the regions concerned to complete the process of convergence, support would be higher than decided in Berlin in 1999 for the so-called "phasing out" regions of the current generation.

It should be noted that in making this proposal, the Commission is opting for the more rigorous among the four options presented in the Second Cohesion Report, in the interest of concentration and a more effective cohesion policy overall. It should be understood that this support would end in 2013 and would not be followed by a further phasing out period.

Programmes would be supported by the financial resources of the European Regional Development Fund (ERDF), the European Social Fund (ESF) and the Cohesion Fund, in accordance with the principles set out in the Treaty.

For illustration, the **ERDF** would provide support for:

- modernising and diversifying the economic structure of Member States and regions, with particular attention to innovation and enterprise, notably by creating closer links between [] institutes and industry, favouring access to and use of information and communication technologies (ICTs), developing conditions favourable to research and development, improving access to finance and know-how and encouraging new business ventures;
- extending and upgrading basic infrastructures such as transport, telecommunications and energy networks, [] supplies and environmental facilities;
- protecting the environment, notably by helping Member States to achieve full compliance with the body of EU law, supporting the development of eco-industries, rehabilitating derelict industrial sites, supporting measures to prevent natural and technological risks, investment in infrastructure linked to Natura 2000, contributing to sustainable economic development, favouring cleaner methods of transport and the development and use of renewable [];
- reinforcing the institutional capacity of national and regional administrations in managing the Structural Funds and the Cohesion Fund.

The **ESF** would strengthen its role as the main Community financial instrument supporting of the European Employment Strategy (EES). It would provide support for:

- improving the quality and responsiveness of labour market institutions, education and



Agencia Tributaria

Tribunal calificador de pruebas selectivas
para acceso al Cuerpo Técnico de Hacienda.
Turno libre. 2005.
Jpm-25.15/09/05

training systems, and social and care services;

- increasing investment in human capital, raising educational levels, adapting the skills of citizens and ensuring access for all to the labour market;
- promoting the adaptation of public administration to change through administrative and capacity building.

The new generation of employment-related programmes should also seek to take on board the lessons of the current EQUAL initiative across the EU (covering innovation, empowerment, partnership and trans-national cooperation in employment matters).

The **Cohesion Fund** will apply to Member States with GNI lying below 90% of the Community average. As for the current period, the Commission proposes to maintain the mid-term assessment of eligibility for the Cohesion Fund.

In line with the priorities set by the financial perspective, the Cohesion Fund should strengthen its contribution to sustainable development. In this respect, trans-European transport [redacted], in particular, the projects of European interest, and environmental infrastructure would remain the central priorities. In order to reach an appropriate balance to reflect the particular needs of the new Member States, it is envisaged also to support projects such as rail, maritime, inland waterways, and multimodal transport programmes outside the TEN-T, sustainable urban transport and environmentally important investment in the key fields of energy efficiency and renewable energies.

Regional competitiveness and employment: anticipating and promoting change

While interventions in the less developed Member States and regions remain the priority of cohesion policy, the analysis of the Third report confirms that there are, to different degrees, important challenges that concern all EU Member States.

In particular, Member States, regions and citizens will have to adapt to a world experiencing rapid economic and social change and restructuring, trade globalisation and a move towards a knowledge-based economy and society. They will also have to tackle the particular challenges that derive from an ageing population, growing immigration, labour shortages in key sectors and social inclusion problems.

In this context, the Union must have an important role to play. First, the [redacted] of the Lisbon agenda has been disappointing. In these circumstances, Community financial support can act as a catalyst, helping to mobilise national and regional policies and resources and to target them more resolutely on the Union's objectives.

Second, the visible presence of cohesion interventions throughout the EU is an essential element for the political, economic and social integration of the Union and for promoting involvement of public and private stakeholders and gaining their commitment to achieving the Union's objectives.



Agencia Tributaria

Tribunal calificador de pruebas selectivas
para acceso al Cuerpo Técnico de Hacienda.

Turno libre. 2005.

Jpm-25.15/09/05

For cohesion policy outside the least developed Member States and regions, the Commission proposes a two-fold approach:

- 1) First, through *regional* programmes, cohesion policy would help regions and the regional authorities to anticipate and promote economic change in industrial, and rural areas by strengthening their competitiveness and attractiveness, taking into account existing economic, social and territorial disparities;
- 2) Second, through *national* programmes, cohesion policy would help people to anticipate and to adapt to economic change, in line with the policy priorities of the EES, by supporting policies aimed at full employment, quality and productivity at work, and social inclusion.



Agencia Tributaria

Tribunal calificador de pruebas selectivas
para acceso al Cuerpo Técnico de Hacienda.

Turno libre. 2005.

Jpm-25.15/09/05